

Impulsreferat auf der Tagung **NAWEND**, 9. – 10. Juli 2011

Thema:

Integration kurdischer MigrantInnen auf bundespolitischer Ebene

Meine Damen, meine Herren,
Liebe Freunde,

Hinter dem Begriff Integration steht zunächst die Forderung nach Beteiligung, nach Teilhabe in allen gesellschaftlichen-, kulturellen-, sozialen-, ökonomischen aber auch politischen Bereichen und Belangen unserer heutigen Gesellschaft und das mit allen Rechten und Pflichten. Das gilt auch für KurdInnen.

Die Politik hat die ureigene Aufgabe, das Miteinander zum Wohle aller zu regeln, umzusetzen und verantwortungsbewusst die wirtschaftlichen, sozialen Interessen und Werte zu bündeln und zu vertreten.

Wenn wir also von Integration auf bundespolitischer Ebene sprechen, dann geht es darum, mit zu entscheiden! Gemeinsam Verantwortung für das „Was“ und das „Wie“, für das Zusammenleben und Arbeiten, für die Ziele und das Gemeinwohl zu übernehmen.

Entscheider- **sind** wir das, sind wir da angekommen?

Kurdische MigrantInnen bilden nachweislich den zweitstärksten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Wir reden von knapp einer Millionen Menschen.

Wie werden ihre- unsere- Interessen auf bundespolitischer Ebene wahrgenommen, werden sie überhaupt dort vertreten und wenn ja, was wird umgesetzt und welche Ergebnisse lassen sich vorweisen?

Wir- und damit meine ich uns KurdInnen in Deutschland, wir können von uns behaupten, dass ein überdurchschnittlich großer Anteil unserer Landsleute die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat. Daraus lässt sich im Allgemeinen auch ein Interesse an Mitbestimmung und Partizipation ableiten. Doch weitgefehlt, wenn man daraus Recht auf eine entsprechende Interessensvertretung an oberster Stelle ableiten wollte, denn dort sind die VertreterInnen der kurdischen Vereine und Verbände direkt schlichtweg nicht vertreten.

Vor mehr als 35 Jahren gründeten kurdische Einwanderer in Deutschland ihre Selbstorganisationen. Kurdische Studentinnen und Studenten organisierten sich bereits Mitte der 60er, Anfang der 70er Jahre. Selbst wenn ihre Aktivitäten anfänglich heimatorientiert waren und zum Teil auch noch sind, haben sie sich für ihre Interessen und ihr gutes Recht eingesetzt und ihre Stimme erhoben, ungeachtet vieler Widerstände, und sind somit für Integration eingetreten.

Heute gehören integrationspolitische Forderungen zu jedem Parteiprogramm und man hat immerhin erkannt, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft zahlreiche Potenziale bietet und ein Gewinn ist. Es war kein einfacher Weg bis hierher und wir haben auch noch eine große Wegstrecke vor uns.

Dachverbände, wie zum Beispiel BAGIV, sitzen mittlerweile an den runden Tischen und reden mit, wenn es um Integration geht. Wir sind darüber hinaus in verschiedenen Arbeitskreisen aktiv, auch bei der Gestaltung und Umsetzung des Nationalen Integrationsplans bzw. Aktionsplans. Sowohl bei den bisherigen Integrationsgipfeln als auch bei integrationspolitischen Dialogforen waren wir vertreten. Für BAGIV arbeite ich im neuen bundesweiten Integrationsbeirat mit. Leider sind die VertreterInnen der kurdischen Vereine und Verbände bei den genannten Gremien nicht vertreten.

Sicher ist es richtig und gut, Interessen zu bündeln, um mit einer Stimme zu sprechen. Die Stimme muss jedoch einen Platz finden und aber, meine Damen und Herren, wir sprechen von der zweitstärksten Gruppe der MigrantInnen, wäre es da nicht angebracht, dass wir als solche einbezogen werden und dann unsere Forderungen direkt formulieren?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der ImmigrantInnenverbände e.V. bündelt eine Vielzahl von Interessen von verschiedenen Mitgliedsorganisationen bzw. Verbänden unterschiedlicher Herkunftsländer. Dabei sind auch kurdische Verbände vertreten.

Als BAGIV haben wir es geschafft, am runden Tisch zu sitzen und mitzureden, angehört zu werden, in Arbeitskreisen Papiere zu erarbeiten, aber „Mit-Entscheider“ im eigentlichen Sinn sind wir noch nicht.

Die Politik hat verstanden, dass hinter dem Wort Integrationspolitik mehrere Millionen Menschen stehen, die unser Land nicht nur optisch vielfältig bunt machen, sondern in erster Linie auch durch ihr Dazutun, durch ihre Leistungen zur Gesellschaft beitragen.

Warum, so müssen wir an dieser Stelle fragen, findet mit der kurdischen Migrantengruppe keine direkte Diskussion auf Augenhöhe statt?

Blicken wir auf andere Migrantengruppen, so werden diese angehört, sie werden einbezogen und von Seiten der Regierung werden sie angesprochen.

Warum also findet mit der zweitstärksten Migrantengruppe hier in Deutschland keine direkte Zusammenarbeit auf bundespolitischer Ebene statt?

Kurden in der Diaspora kämpfen um Anerkennung und es scheitert nicht an dem Einsatz und den zielstrebigem Bemühen kurdischer Organisationen um Partizipation. Die Regierungen in der EU sind selbst äußerst zurückhaltend und lenken ihr Augenmerk eher auf andere Migrantengruppen, das gilt auch für Deutschland.

Ich habe in mehreren Gesprächen an oberster Stelle eingefordert, dass die kurdischen Verbände zu den runden Tischen eingeladen werden, damit endlich auf Augenhöhe ein Diskurs stattfinden kann. Leider scheitert dies aus nicht nachvollziehbaren Gründen. Man sei noch etwas vorsichtig, könne noch nicht so richtig. Es sei noch nicht der richtige Zeitpunkt.

Die kurdischen Vereine und Verbände sollten unbedingt ihre Interessen bündeln und gemeinsam mit einer Stimme sprechen. Ihre Forderungen müssen direkt vor Ort und

an die verantwortlichen Stellen gerichtet werden. Noch stärker bei Tagungen und Arbeitskreisen auf die Situation der hier lebenden Kurden hinweisen und aufklären. Wir sind gefordert, damit endlich ein gegenseitiges Vertrauen entsteht.

Da stellt sich mir und uns natürlich die Frage, welche Gründe diese vorsichtige Umgang mit uns haben könnte?

Sind es eventuell wirtschaftliche Beweggründe, will man der Türkei keine Steilvorlage bieten?

Außenwirtschaftliche Harmonie könnte man als mögliches Motiv für zögernde bis gar nicht stattfindende Dialoge mit VertreterInnen der kurdischen Vereine und Verbände nennen, die sich für ihre Community einsetzen und für Partizipation eintreten.

Erinnern wir uns, wie lange wir dafür gestritten haben, um endlich unsere Muttersprache auch als „muttersprachlichen Unterricht“ für unsere Kindern in den Schulen zu etablieren der Schule kommen zu lassen.

Dass Kurdisch als muttersprachlichen Unterricht angeboten wird, ist noch lange nicht selbstverständlich. Italienisch, Spanisch, Türkisch hingegen schon.

Wieso schaffen wir es nicht, dass unsere Stimme auf bundespolitischer Ebene Gehör findet? Haben wir uns vielleicht intern durch zu viele Diskussionen und Streitereien selbst geschadet?

Die Öffentlichkeit bringt zum Teil immer noch, wenn es um Kurden geht, gleich die PKK ins Spiel und schon wird pauschal verurteilt.

Sie und ich, wir wissen, dass das nicht stimmt.

Räumen wir also im ersten Schritt mit diesen Vorurteilen auf. Schaffen wir Klarheit und zeichnen ein wirkliches Bild von uns „kurdischen MigrantInnen“.

Und bündeln wir im zweiten Schritt noch stärker unsere Interessen, verlieren wir uns nicht zu sehr in Einzelheiten, beschränken wir uns auf das Wesentliche, nämlich der Forderung nach Beteiligung, nach Einbeziehung und Teilhabe hier in unserer Wahlheimat.

Die Zeit ist mehr als reif für aktive Zusammenarbeit kurdischer MigrantInnen auf bundes-politischer Ebene.

Daher reden wir als kurdische MigrantInnen mit einer Stimme!

Hinter Partizipation steht die Forderung nach Mitgestaltung und hier müssen die Entscheider die Weichen stellen, Prozesse anstoßen und die Zukunft gestalten. Darum ist es so wichtig zu diesen Entscheidern zu zählen. Wenn wir erreichen wollen, dass wir als kurdische MigrantInnen eben genau die Prozesse mitgestalten, wenn wir die Wei-

chen für unsere gemeinsame Zukunft auch partnerschaftlich gemeinsam stellen wollen, dann müssen wir auf bundespolitischer Ebene endlich auch als kurdische MigrantInnen Anerkennung erfahren.

Es gibt einzelne Pilotprojekte, bei denen als Zielgruppe auch kurdische Minderheiten in den Genuss integrationspolitischer Förderung gekommen sind. Wichtig ist, dass man die Ergebnisse dieser Projekte als Ziele mit in die obersten Gremien hinein-nimmt.

Positive Erfahrungen, ein Feedback, mehr Präsenz in und durch die Medien kann endlich aufräumen mit vielen Vorurteilen und langfristig ein Türöffner zur direkten Zusammenarbeit werden.

Wenn wir wirkliche politische Partizipation wollen, müssen wir mit unseren Forderungen noch stärker nach außen gehen.

Wichtig ist, dass wir zum Thema Integration auf bundespolitischer Ebene ein allgemeines und transparentes Netzwerk schaffen, von dem aus Informationen jederzeit und allorts abrufbar werden. Wir sind gefordert, unseren Teil dazu beizutragen. Machen wir dies öffentlich, zeigen wir unser Potenzial und handeln wir gemäß einem Sprichwort: tue Gutes und rede darüber!

Wir sollen uns nicht besser machen als wir sind, aber wir sollen zeigen, was in uns steckt.

Letzte Folie !

Arbeiten wir an unserem Image, machen wir uns zu dem, was wir ja auch sind: Einem gleichberechtigten Partner, der das Rüstzeug mitbringt, um auch auf bundespolitischer Ebene aktiv zu werden.

Vielen Dank!